

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung
des Ortsbeirates Harleshausen
am **Dienstag, 28. August 2018, 19:30 Uhr**
im Saal, SVH Clubhaus, Kassel

19. September 2018
1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Reinhard Wintersperger, Ortsvorsteher, SPD
Gudrun Heuser, Stellvertretende Ortsvorsteherin, CDU
Rainer Bärwald, Mitglied, CDU
Peter Gries, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler
Dr. Enno Janßen, Mitglied, parteilos
Karin Rampe, Mitglied, parteilos
Heinz-Gerrit Rethagen, Mitglied, FDP
Werner Wiegand, Mitglied, SPD

Teilnehmer/-innen mit beratender Stimme

Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates
Anja Möller, Stadtverordnete im Stadtteil, SPD
Saskia Spohr-Frey, Stadtverordnete im Stadtteil, CDU

Schriftführung

Ljubica Lenz

Entschuldigt:

Hubert Hackenschmidt, Mitglied, SPD
Bärbel Wolff-Burgtorff, Mitglied, CDU
Joana Al Samarraie, Stadtteilbeauftragte, B90/Grüne

Magistrat/Verwaltung

Birgitta Schilke, Jugendamt
Anka Keim, Jugendamt

Weitere Teilnehmer/-innen

Mehmet Ciftci, Leiter 180 Grad
Peter Schade, Projektleitung 180 Grad

Tagesordnung:

1. Änderung der Satzung über Schulbezirke (Grundschulen) in der Stadt Kassel

2. Machbarkeitsstudie Tramverbindung nach Harleshausen
3. Probleme mit der Einrichtung 180 Grad (Wolfhager Straße 406)
4. Mitteilungen

2 von 6

Der Ortsvorsteher eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Sodann stellt Herr Wintersperger die fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die TO findet eine Bürgerfragestunde statt.

1. Änderung der Satzung über Schulbezirke (Grundschulen) in der Stadt Kassel

Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass für Harleshausen drei Grundschulen zuständig sind - Grundschule Harleshausen, Ernst-Leinus-Schule und Schule Jungfernkopf. Eine Änderung der Grenzen zwischen den Schulbezirken dieser drei Schulen ist in dem vorliegenden Satzungsentwurf auf Harleshäuser Gebiet nicht vorgesehen. Die Frage, ob wegen des Neubaugebiets „Zum Feldlager“ Schulbezirksgrenzen geändert werden sollten, stellt sich gegenwärtig noch nicht, da mit der Bebauung dort frühestens Ende 2019 bzw. in 2020 begonnen werden soll.

Der Ortsbeirat Harleshausen fasst daher folgenden Beschluss:

Der Ortsbeirat Harleshausen nimmt die Satzung zur Änderung über Schulbezirke (Grundschulen) in der Stadt Kassel vom 04.06.1984 in der Fassung der Dritten Änderung vom 16.11.2015 (Vierte Änderung) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

2. Machbarkeitsstudie Tramverbindung nach Harleshausen

Der Ortsvorsteher stellt zunächst klar, dass es eine Machbarkeitsstudie für die Straßenbahn nach Harleshausen noch nicht gibt. Vielmehr hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 23.04.2018 die KVG beauftragt, eine solche Studie zu erstellen. Eine Tramverbindung nach Harleshausen steht auch im Verkehrsentwicklungsplan „2030“ der Stadt Kassel (2. Stufe, Priorität mittel),

wobei Streckenführungen sowohl über die Wolfhager Straße, als auch über die Harleshäuser Straße erwogen werden. Mit Dr. Thorsten Ebert vom Vorstand der KVG wurde im „Runden Tisch Wolfhager Straße“ das Thema erörtert. Herr Dr. Ebert regte an, dass die betroffenen Ortsbeiräte frühzeitig beschließen, dass sie die Studie begrüßen und einbezogen werden wollen. Der Ortsbeirat Rothenditmold hat am 09.08. bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Einen ähnlich lautenden Beschluss schlägt der Ortsvorsteher dem Ortsbeirat Harleshausen vor. Zum „Runden Tisch Wolfhager Straße“ erläutert er, dass es sich um ein Forum der Kulturinitiative Harleshausen e. V. handelt, wo Themen, welche die Wolfhager Str. als Ganzes betreffen, erörtert werden und jedermann eingeladen ist, sich hieran zu beteiligen. An dem Forum nehmen u.a. die Ortsvorsteher von Rothenditmold, Kirchditmold und Harleshausen teil.

Nach Diskussion und Erörterung verschiedener Verkehrskonzepte fasst der OBR folgenden Beschluss:

Der Ortsbeirat Harleshausen begrüßt den Auftrag einer Machbarkeitsstudie für den Ausbau des Tramnetzes in Form einer Straßenbahnlinie nach Harleshausen an die KVG. Der Ortsbeirat beantragt weiterhin, in geeigneter Weise noch während des Verfahrens der Machbarkeitsstudie mit anderen Interessengruppen – wie die weiteren Ortsbeiräte oder dem Runden Tisch Wolfhager Straße – beteiligt zu werden und bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einbezogen zu werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

3. Probleme mit der Einrichtung 180 Grad (Wolfhager Straße 406)

Der Ortsvorsteher begrüßt zu diesem Thema vom Träger der Einrichtung (Verbund sozialpädagogischer Kleingruppen e. V.) Herrn Schade und Herrn Ciftci sowie als Vertreterinnen des Jugendamtes Frau Schilke und Frau Keim.

Einleitend führt der Ortsvorsteher aus, der Anlass der heutigen Thematik sind Beschwerden aus der unmittelbaren Nachbarschaft und aus dem Umfeld der Einrichtung, die an den Ortsbeirat herangetragen wurden. Er hat über diese Beschwerden und die berichteten Vorfälle das Jugendamt informiert. Dorthin hatten sich auch bereits betroffene Nachbarn gewandt. Ihm wurde mitgeteilt, dass sich das Jugendamt auch bei der Polizei darüber informieren werde, was dort aktenkundig sei. Sodann solle ein Gespräch mit den für die Einrichtung Verantwortlichen unter Einbeziehung der Leiterin des Jugendamts stattfinden. Dieses Gespräch hat inzwischen stattgefunden.

Die Vorfälle, welche Anlass zu Beschwerden bieten, werden nun mit den anwesenden Nachbarn erörtert. Herr Schade, Herr Ciftci und die Vertreterinnen des Jugendamtes informieren über die Einrichtung und deren pädagogisches Konzept und beantworten Fragen. In der Einrichtung 180 Grad sind Jugendliche im Alter von 14-18 Jahren untergebracht, die im elterlichen Haushalt nicht mehr zurechtkommen und teilweise gar nicht beschult werden können (es wird der Begriff „Systemsprenger“ genannt). Die Unterbringung in der Einrichtung ist freiwillig und erfolgt auf Antrag der Erziehungsberechtigten und mit deren Zustimmung. Es handelt sich nicht um eine geschlossene Einrichtung. Es gibt 9 Plätze für Jugendliche, von denen z. Zt. 8 belegt sind. Zur Eröffnung der Einrichtung in 2014 waren Nachbarn und Ortsbeiratsmitglieder eingeladen. In der Anfangsphase gab es keine Probleme; es waren zunächst auch nur 4 Plätze belegt. Im Herbst 2015 hatte die Einrichtung Nachbarn, Ortsbeiratsmitglieder und Interessierte zu einem Gartenfest eingeladen, welches in harmonischer Atmosphäre verlief. Eskaliert ist die Situation nach Angaben der Nachbarschaft etwa seit Februar dieses Jahres. Beklagt werden vor allem ständige Ruhestörungen in den Abend- und Nachtstunden durch laute Musik, Schreien und Toben bei geöffneten Fenstern, sowie lautes Randalieren auf der Wolfhager Straße durch nachts heimkehrende Jugendliche. Wenn aus der Nachbarschaft um Ruhe gebeten wird, antworten die Jugendlichen mit üblen Beschimpfungen und Pöbeleien und drohen teilweise Schläge an. Ein Nachbargrundstück grenzt unmittelbar an die rückwärtige Gebäudefront der Einrichtung. Es werden aus den Fenstern Flaschen und Abfälle auf das Grundstück geworfen, und es halten sich Jugendliche bisweilen auch auf dem Grundstück auf. In zwei Fällen hörten die Nachbarn laute Schreie eines Mädchens aus einem Zimmer, wobei der Eindruck entstand, dass die Betreffende Hilfe brauche. Man rief jeweils bei der Einrichtung an. Ein Betreuer ist ständig über Nacht anwesend, muss allerdings nicht Wache halten, sondern kann sich auch schlafen legen. Herr Schade teilt mit, dass das Zimmer des Betreuers im vorderen Gebäudeteil liegt; er könne nicht immer mitbekommen, was im rückwärtigen Gebäudeteil geschieht. Als kürzlich an einem Sonntagabend Nachbarn, die in der Straße Am Rain gegenüber der Einrichtung wohnen, um Ruhe gebeten haben, stürmte ein Jugendlicher auf ihr Grundstück, versuchte in das Haus einzudringen und drohte Gewalt an; es wurde die Polizei gerufen, die den Vorfall aufgenommen hat. Überhaupt berichten die Nachbarn, dass häufig Streifenwagen die Einrichtung aufsuchen. Es wird auch berichtet, dass Passanten, die an der unmittelbar vor der Einrichtung gelegenen Bushaltestelle warten, angepöbelt werden. Die Nachbarn räumen ein, dass die Betreuer der Einrichtung auf Beschwerden stets freundlich und verständnisvoll reagieren. Zumeist sei dann auch für 1-2 Tage Ruhe, aber danach gehe es weiter wie zuvor.

Frau Schilke und Frau Keim bringen aus dem zuvor geführten Gespräch den Vorschlag mit, einen Runden Tisch einzurichten, zu dem die Nachbarschaft, das Jugendamt, die Vertreter der Einrichtung und die Jugendlichen zusammenkommen sollen. Die Nachbarn lehnen diesen Vorschlag ab, denn sie haben auf Grund der in den vergangenen Monaten gemachten Erfahrungen das Vertrauen darin verloren,

dass die Einrichtung in einer für das Umfeld verträglichen Weise betrieben werden kann. 5 von 6

Herr Schade erklärt, dass die aktuelle Eskalation wohl auch darauf zurückzuführen sei, dass in den vergangenen Monaten zwei Betreuerstellen nicht besetzt gewesen seien. Inzwischen sei das Personal wieder vollzählig. Außerdem seien bei der großen Hitze die Fenster zur Nachtzeit ständig offen gewesen. Die Probleme seien vor allem durch zwei Jugendliche verursacht worden, von denen einer dieser Tage die Einrichtung verlassen habe; die übrigen Jugendlichen verhielten sich weitgehend unauffällig. In der Einrichtung sei selbstverständlich der Konsum von Alkohol und Drogen verboten. Was die Jugendlichen aber draußen trieben, wenn sie in Stadt gehen, darauf habe man keinen Einfluss. Herr Schade führt aus, für ihn sei es ebenfalls unbefriedigend, sich ständig mit - im Wesentlichen berechtigten - Beschwerden der Nachbarn auseinandersetzen zu müssen. Deshalb werde der Trägerverein sorgfältig prüfen, ob die Einrichtung am gegenwärtigen Standort und in der gegenwärtigen Form weiter betrieben werden kann. Frau Keim erläutert, das Jugendamt sei zunächst für das Wohl der dort untergebrachten Jugendlichen verantwortlich und habe gesetzlich keine Handhabe, eine solche Einrichtung gleich zu schließen. Sie sichert jedoch zu, dass in enger Kooperation mit dem Träger der Einrichtung die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgt werden wird.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion wird Einvernehmen dahingehend erzielt, dass alle Beteiligten und Betroffenen in 2-3 Monaten noch einmal in einer Ortsbeiratssitzung zusammentreffen, um festzustellen und zu prüfen, ob in Zusammenarbeit von Trägerverein und Jugendamt eine Verbesserung der Sachlage eingetreten ist.

4. Mitteilungen

1. Die Stadt Kassel plant die - straßenbeitragspflichtige - grundhafte Erneuerung der Straße Rundes Feld. Deswegen ist der Ortsvorsteher von vielen Anliegern angesprochen worden, und es ist ein Schreiben der Anlieger auch den Ortsbeiratsmitgliedern übermittelt worden. Der Ortsvorsteher möchte dieses Thema alsbald im Ortsbeirat behandeln. Die zuständigen Vertreter des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes setzen sich z. Zt. noch mit den Eingaben und Anregungen der Anlieger auseinander und hatten deshalb gebeten, die Angelegenheit noch nicht in der heutigen Ortsbeiratssitzung zu behandeln.
2. Ortsbeiratsmitglied Werner Wiegand dankt namens der AWO für die finanzielle Unterstützung des dortigen Sommerfestes und berichtet von dessen erfolgreichem Verlauf

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

6 von 6

Reinhard Wintersperger
Ortsvorsteher

Ljubica Lenz
Schriftführerin